



**GROßER ZULAUF VON PATRIOTEN BEI DER DRITTEN DEMO DIESES
JAHRES VON "ZUKUNFT HEIMAT"**

Cottbus: Flammende Reden von Kubitschek, Müller, Bilge & Daebritz

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Nach den aufsehenerregenden Demonstrationen vom 20. Januar und 3. Februar strömten am Samstag erneut tausende Menschen auf den Cottbusser Altmarkt. Die Organisatoren von „Zukunft Heimat“ und die [Epoch Times](#) melden bis zu 5000 Teilnehmer, während die Altmedien diese Zahl auf „2000 bis 2500 Menschen“ halbieren.

Einer der beiden Chefs von „Zukunft Heimat“ ist Christoph Berndt, der seit Mitte der 80er-Jahre an der Berliner Charité arbeitet und dort gewählter Vorsitzender des Fakultätspersonalrates ist, was ihn zum Chef der Mitarbeitervertretung der 3000 wissenschaftlichen Angestellten von Europas größtem Uni-Klinikum macht. Vor einigen Jahren zog er von Berlin in den kleinen 350-Einwohner-Ort Zützen im Landkreis Dahme-Spreewalden, wo im Sommer 2015 rund 100 Flüchtlinge einquartiert wurden, was naturgemäß jede Menge Probleme verursachte. Daraufhin wurde ein Bürgerverein gegründet, der Berndt zu seinem Vorsitzenden kürte, woraus

schließlich der Verein „Zukunft Heimat“ entstand. Schon damals organisierte Berndt mit seinen Mitstreitern mehrere Demonstrationen im Landkreis, in denen die „Flüchtlings“-Politik der Bundesregierung kritisiert wurde.

Sobald die „Anti“-Faschisten von seiner Identität Wind bekamen, begannen sie mit ihren [üblichen Attacken](#). In Berlin bestückten sie die Fassade der Charité mit einem riesigen „Rassismus“-Transparent, verteilten Verleumdungs-Flugblätter im Umfeld und forderten seine Absetzung. Solche und noch weit schlimmere Methoden der linken Straßenterroristen starten eben überall, wo sich bürgerlicher Protest gegen den Multikulti-Wahnsinn regt. Aber Christoph Berndt ist aus hartem patriotischen Holz geschnitzt und lässt sich durch solche Einschüchterungsversuche nicht abschrecken.

In Cottbus ließen die Messerstechereien von drei syrischen „Schutzsuchenden“, die von einem Ehepaar in typisch mohammedanischer Herrenmenschen-Art „Respekt“ verlangten, indem sie ihnen den Weg freimachen sollten, das Pulverfass explodieren. Auf Überwachungsvideos war zu sehen, mit welcher [unglaublicher Brutalität](#) die syrischen Moslems vorgegangen sind. Daraufhin vervielfachte sich der Protest der Bürger und löste bundesweit Diskussionen aus.

Der rote Sozi Walter Steinmeier, derzeit Bundespräsident, empfing aus Cottbus die üblichen linksdrehenden Organisationen inklusive Kirchen zu einer Aussprache. [Er lehnte es ab](#), „Zukunft Heimat“ einzuladen, wodurch er die wahren Probleme der Bürger ignorierte. Sozi bleibt eben Sozi und dies wirft ein deutliches Licht auf die Politik der Absturz-Partei, die sich hartnäckig weigert, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Verwerfungen durch die Masseninvasion von Mohammedanern unter den falschen Labels „Asyl“ und „Flucht“ zu erkennen, geschweige denn, irgendetwas zur Behebung der üblen Zustände zu unternehmen.

Zuvor hatte in den vergangenen zwei Jahren [der Mord](#) eines „17-

jährigen“ syrischen „Flüchtlings“ an der 82-jährigen Rentnerin Gerda Krüger am 8. Dezember 2016 und [der Mordversuch](#) des syrischen „Flüchtlings“-Barbiers, der seiner Chefin am 28. Juni 2017 die Kehle durchschneiden wollte, die Stimmung hochkochen lassen.

Unter den Rednern begeisterte neben der zweifachen Mutter Monique aus Cottbus, dem parlamentarischen Geschäftsführer der AfD im Bundestag Hansjörg Müller, der Anmelderin des „Marsches der Frauen“ Leyla Bilge, dem Co-Teamleiter von Pegida Dresden Siegfried Daebritz und Christoph Berndt von „Zukunft Heimat“ der Verleger und Publizist Götz Kubitschek mit einer wie bei ihm immer sachlich vorgetragenen, aber inhaltlich flammenden Rede. Als gebildeter Intellektueller sprach er sich dafür aus, scharf in der Sache, aber in den Formulierungen niemals beleidigend zu werden:

LR Online berichtet dazu:

Götz Kubitschek, Verleger und Aktivist der Neuen Rechten, sagte, die AfD sei die einzige Opposition im Bundestag. Er erklärte, die Verantwortlichen dafür, „was uns und unserem Land angetan wurde“ seien die politische Klasse und die Zivilgesellschaft. „Sie sind der Gegner“, erklärte er unter „Volksverräter“-Rufen der Versammelten. Kubitschek gilt als Unterstützer der „Identitären Bewegung“ und trat als Redner bei Pegida in Dresden auf.

Leyla Bilge war schon im vergangenen Sommer bei einer Kundgebung in Cottbus aufgetreten und kündigte in ihrer leidenschaftlichen Art an, dass der Protest überall in Deutschland weitergeht und sich nicht durch den Straßenterror der Linksfaschisten beirren lässt. Siegfried Daebritz von Pegida Dresden betonte die Bedeutung der Verbreitung der Videos von den Kundgebungen, da die Lügenpresse entweder die Berichterstattung konsequent verfälscht oder schlichtweg verweigert. Der bürgerliche Protest werde sich gegen den

linksextremen Widerstand durchsetzen, da er voller Leidenschaft für etwas sei, die Linksfaschisten aber nur gegen etwas. Er appellierte an die Patrioten überall in Deutschland, selber den Protest in die Hand zu nehmen, als darauf zu warten, dass er zu ihnen komme:

Hans Jörg Müller, der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Bundestag, stellte fest, dass die AfD in den Parlamenten ohne die Bürger auf den Straßen nur die Hälfte wert sei:

LR Online [zu seiner Rede](#):

Ans Mikrofon trat in Cottbus auch der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Bundestag Hansjörg Müller. Der in Treuchtlingen in Franken geborene AfD-Funktionär rief den Versammelten zu: „Wir müssen es wieder so machen wie 1989 und das Schicksal in die eigenen Hände nehmen“. Er bezeichnete die „Bürgerbewegungen“ wie Zukunft Heimat als perfekte Ergänzung der parlamentarischen Arbeit der AfD und plädierte für eine enge Zusammenarbeit. In der Partei wird gerade über die Vernetzung mit Pegida in Dresden diskutiert.

Die zweifache Mutter Monique aus Cottbus sprach den Schutz der Kinder in der Schule an, denn sie seien auch am Tage nicht mehr sicher. Es gebe körperliche Angriffe von Migranten und Diffamierungen als vermeintliche „Nazis“. Von moslemischen Invasoren, die ihre Missachtung Deutschlands deutlich zum Ausdruck brächten und „Respekt“ von deutschen Jugendlichen einforderten:

Der Organisator Christoph Berndt fragte die Patrioten, ob sie dem gesellschaftlichen Experiment zugestimmt hätten, aus ihrer Heimat ein multikulturelles Versuchslabor zu machen. Die Wende in Deutschland sei möglich, da sich jetzt der Widerstand immer stärker bemerkbar mache:

Der Spaziergang tausender Bürger durch Cottbus beeindruckt und setzt ein mächtiges Zeichen:

Journalistenwatch bezeichnet [den wachsenden Widerstand](#) in Deutschland als „Vormärz“ in Anlehnung an die freiheitliche Demokratisierungsbewegung von 1848. Heute Abend geht der bürgerlich-patriotische Protest in Hamburg weiter und am kommenden Samstag in Kandel, Sonntag in Bottrop, Montag in Dresden, übernächsten Sonntag in Nürnberg und darauffolgenden Montag in Rostock. Der Geist ist aus der Flasche und wird nie wieder in sie zurückkehren, bis die Wende geschafft ist und sich die Zustände in Deutschland endlich zum Besseren wenden.

(Kamera: [saxon8027](#) von Pegida Dresden)



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 22 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



Mönchengladbach: Bürgerprotest hält an



Über 200 Menschen gingen am vergangenen Montag auf die Straße, um gegen die Pläne des vom Verfassungsschutz beobachteten radikal islamischen Vereins „Einladung zum Paradies e.V.“, im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken eine Islamschule zu errichten, zu protestieren. Bei der insgesamt friedlich verlaufenen Demonstration kam es immer wieder zu teils hitzigen Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der Islamschule.

Dabei versuchte insbesondere der Leiter der Islamschule, Muhamed Ciftci, der mit Äußerungen wie „Steinigung ist gerechtfertigt“ und „alles, was im Koran steht und uns vom Propheten überbracht wurde, [ist] gerecht und vernünftig“ in Erscheinung tritt, den Protest als grundlose „Islamhetze“ darzustellen.

Der Verein „Einladung zum Paradies e.V.“, der die umstrittene Islamschule in Mönchengladbach bauen will, sei in der Vergangenheit Anziehungspunkt für salafistisch orientierte Islamisten gewesen, erklärte die Leiterin des Verfassungsschutzes in NRW, Mathilde Koller.

Salafismus ist nach Angaben des Verfassungsschutzes eine islamistische Strömung, die die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ablehnt. Sie verlangt von Muslimen, sich in Glauben, religiöser Praxis und Lebensführung, also auch in gesellschaftlichen und politischen Fragen, ausschließlich an den Prinzipien von Koran und Sunna („Prophetentraditionen“) auszurichten.

Prinzipien, die z.B. in Sure 2, 191 des Koran unmissverständlich festgeschrieben sind:

„Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie von dort, von wo sie euch vertrieben; denn Verfolgung ist ärger als Totschlag. Bekämpft sie aber nicht bei der Heiligen Moschee, solange sie euch dort nicht angreifen. Doch wenn sie euch angreifen, dann kämpft wider sie; das ist die Vergeltung für die Ungläubigen.“

Im Internet sind inzwischen zwei Videobotschaften aufgetaucht, in denen jene Journalisten als „Lügner“ beschimpft und als „Terroristen“ verunglimpft werden, die in den vergangenen Tagen über die geplante Islamschule der islamistischen Salafisten in Mönchengladbach berichtet hatten.

NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) ist ebenfalls gegen den Bau der umstrittenen Islamschule in Mönchengladbach. Bei den Salafisten handle es sich um eine extremistische Gruppierung, die möglicherweise auch militante Züge habe. Der SPD-Politiker nannte vor allem das Frauenbild „erschreckend“. Unterstützung erhält die Islamistenschule von der Partei DIE LINKE. Offenbar haben verfassungsfeindlich eingestellte Gruppierungen untereinander keine Berührungspunkte.

Während der Montagsdemo hat sich eine Bürgerbewegung von Anwohnern gegründet, die den Protest gegen den Verein „Einladung zum Paradies e.V.“ weiter vor Ort betreiben werden. Wer die Anwohner unterstützen möchte, ist eingeladen, sich an den Aktionen der Bürgerbewegung zu beteiligen. Wann und wo der Protest weitergeht, erfährt man am besten über die Kommentarseiten von RP-Online.de (Mönchengladbach). Die Vereinnahmung des Protestes durch politische Parteien oder Extremisten – gleich welcher Art – ist von der Bürgerbewegung ausdrücklich nicht gewünscht. Das wäre auch kontraproduktiv, denn nur zu gern werden friedliche und normale Bürger von den „Qualitätsmedien“ in die rechte Ecke gedrückt, wenn sie gegen gewaltbereite Islamisten protestieren.

Pro-NRW hatte angekündigt, sich unabhängig von der Mönchengladbacher Bürgerbewegung mit islamkritischen Demonstrationen am Protest zu beteiligen.

Video des Bürgerprotestes vom Montag:

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Journalisten fühlen sich bedroht](#)
- » [Mönchengladbach: Salafisten geben sich empört](#)
- » [Mönchengladbach: Protest gegen Salafistenschule](#)

Rheinische Post-Artikel zum Thema:

- » [Bürgerbewegung: Weitere Aktionen geplant](#)
- » [Kampagne der Salafisten gegen Reporter](#)
- » [Ciftci: Steinigung ist gerechtfertigt](#)
- » [Protest in Mönchengladbach geht weiter](#)
- » [LINKE verteidigt Islamistenschule in Mönchengladbach](#)
- » [Prostest gegen Islamschule: Eickener lassen Pro NRW abblitzen](#)



Der Iran und die Nazis

☒ Einen interessanten Abend verspricht ein Vortrag des Österreichers Martin Tröger heute in Leipzig. Dabei geht es um das freundschaftliche Verhältnis zwischen radikalen Muslimen, etwa den Machthabern im Iran, und deutschen Rechtsextremisten. Ein Thema, das in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch nicht präsent ist, weswegen Islamkritik oft mit einer undemokratischen, rechtsextremen Geisteshaltung in Zusammenhang gebracht wird. Die tatsächlichen Verhältnisse sind, wie so oft, etwas verwickelter.

Die Veranstaltung, die von der [Initiative Stop The Bomb](#) unterstützt wird, beginnt heute abend um 19 Uhr 30 im Conne Island, Koburgerstraße 3 in Leipzig.

Bereits gestern hat Martin Kröger bei einer Veranstaltung in Berlin gesprochen. Leider konnten wir nicht rechtzeitig auf diesen Termin hinweisen, wir bitten um Entschuldigung. Hier ist der ausführliche Ankündigungstext der gestrigen Veranstaltung:

Bei den Debatten um „Islamophobie“ und rechte Bürgerproteste gegen „Islamisierung“ und Moscheebauten gerät oft aus dem Blick, dass das Verhältnis zwischen rechten und nazistischen Gruppen und Islamist_innen keineswegs so eindeutig und immer feindlich ist. Aus der rassistischen Feindschaft gegen muslimische Migrant_innen kann keine Feindschaft gegenüber

dem Islam abgeleitet werden, das zeigt schon die unverhohlene Bewunderung für islamistische Organisationen wie Hamas und Hisbollah durch NPD-Funktionär_innen und andere Nazis.

Während Nazideutschland auch unter Muslimen weltweit Bewunderung und Unterstützung bis hin zur militärischen Kollaboration bekam, ist seit 30 Jahren die Islamische Republik Iran die Macht, der sich immer mehr rechtsextreme Kräfte aus aller Welt zuwenden. Die islamische Revolution im Iran hat schon von Beginn an Bewunderung und Unterstützung aus prominenten Nazikreisen erhalten. Zahlreiche Nazis und Holocaust-Leugner_innen haben seit 1979 im Iran Zuflucht vor juristischer Verfolgung gefunden und geben in Teheran Schriften heraus. Spätestens seit der Holocaust-Leugner-Konferenz 2006 in Teheran und den Vernichtungsdrohungen gegen Israel ist der iranische Präsident Ahmadinejad ein Held in Internetforen wie Altermedia. Bei den weltweiten Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg marschierten vielerorts Islamist_innen zusammen mit Nazis – und auch „linken“ Antiimperialist_innen. Grundlage solcher Zusammenarbeit von Nazis und Islamist_innen ist das in weiten Teilen ähnliche Weltbild, also neben den autoritären und menschenfeindlichen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft besonders die gemeinsame Feindschaft gegen Juden, Israel und die USA.

Der Vortrag soll deutlich machen, warum es gerade in Deutschland eine antifaschistische Notwendigkeit ist, Islamismus und besonders das im Iran seit 1979 wütende Regime in die theoretische wie praktische Kritik mit einzubeziehen. Schließlich pflegt Deutschland noch immer enge politische, ökonomische und kulturelle Beziehungen zum iranischen Regime, und auch in Berlin gibt es zahlreiche islamistische Kräfte; als Beispiel sei nur die Iran- und Hisbollah-nahe Imam Reza Moschee in der Reuterstraße genannt.

Die Veranstaltung dient zugleich der Mobilisierung zur Kundgebung „Kein Dialog mit dem mörderischen und antisemitischen iranischen Regime! Solidarität mit Israel!“

gegen einen Auftritt des iranischen Botschafters in Leipzig am 16.6.2009. Weitere Informationen dazu auf www.stopthebomb.net

Martin Tröger ist Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (www.doew.at) in Wien.

(Spürnase: Renate, Foto: Der Kölner [Rechtsextremist Dr. Benedikt Frings](#) bei der Holocaustleugner Konferenz in Teheran)

CSU bestätigt „Recht auf Moscheebau“



Es war ein Erfolgsrezept von Franz-Josef Strauß, rechts von der CSU keinen Platz für eine andere Partei zu lassen. Inzwischen ist dort soviel Platz, dass sogar ein Linker wie Ralph Giordano bequem hin passt. Der sagt nämlich: „Es gibt kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee“. Die CSU ist da inzwischen anderer Meinung. Dem Bürgerprotest gegen den Bau einer Moschee in Regensburg sollen angeblich Rechtsansprüche der Moslems entgegen stehen.

Auf Protestschreiben von Bürgern gegen den geplanten Bau einer Moschee in Regensburg antwortet CSU-Stadtrat [Christian Schlegl](#) (Foto oben):

Sehr geehrte/r,

wir haben Ihr Schreiben zum geplanten Bau einer Moschee in Regensburg zur Kenntnis genommen.

Die CSU stimmt dem Bau einer Moschee in Regensburg zu. Derzeit handelt es sich vor allem um eine Frage der Baugenehmigung. Baurecht ist ein einklagbares Rechtsgut. Wer seine Auflagen erfüllt, hat Anspruch auf die Erteilung einer Baugenehmigung.

Zur Wahrung der christlich-abendländischen Kultur haben wir von Anfang an erfolgreich darauf hingewirkt, dass der Turm des Minaretts keine Kirchturmhöhe überschreiten darf. Derzeitige Planungen unterschreiten diese Vorgabe bei Weitem. Zudem wird es keinen öffentlichen Gebetsaufruf geben. Außerdem haben wir als Auflage formuliert, dass es keine Lautsprecherbenutzung durch einen Muezzin geben darf.

Der Trägerverein zeigt sich demgegenüber bisher mit einer hohen Offenheit und gegenseitiger Achtung. Der Bau der Moschee steht damit auf der Basis einer guten und transparenten Zusammenarbeit. Diese soll gewahrt und gefördert werden. Auch hier in Regensburg.

Die CSU-Fraktion steht für Regensburg als tolerante, weltoffene Stadt und wird sich einem korrekten und ordnungsgemäßen Verfahren nicht verschließen. Zudem haben alle relevanten Glaubensgemeinschaften hier in Regensburg dieses Vorhaben ausdrücklich und wohlwollend begrüßt.

Erlauben Sie mir, folgendes grundsätzlich zu erläutern:

Die CSU ist verankert in der Demokratie unseres Landes. Die Bundesrepublik ist ein Rechtsstaat, der auf dem Grundgesetz

fußt. Und dieses Grundgesetz garantiert unter anderem auch die Gleichheit der Religionsgemeinschaften, die Religionsfreiheit, von der ja auch das Christentum in seinen unterschiedlichsten, manchmal auch durchaus fundamentalistischen Ausprägungen, die einigen Gruppen eigen ist, profitiert. So sichert das Grundgesetz auch nicht-christlichen Glaubensgemeinschaften oder Weltanschauungsgruppen, die in unserem Land beheimatet sind, die Glaubens- und Religionsfreiheit zu. Es gibt keine Rechtsgrundlage, Angehörigen des Islam die Ausübung ihrer Religion zu verweigern oder zu erschweren. Zur Religionsfreiheit gehört auch die Möglichkeit, dem eigenen Glauben gemäß beten zu können. Es ist mehr als Gefälligkeit und Toleranz: es ist ein rechtlich verbürgter Anspruch auf Religionsfreiheit. Dieser Anspruch ist einklagbar.

Es ist an der Zeit, den Islam aus den Hinterhofmoscheen ins Licht der Öffentlichkeit zu holen. Das ist eine der Bedingungen für gelungene Integration. Der immer wiederkehrende Hinweis auf Länder der arabischen Welt, in denen Christen nicht ungehindert ihre Religion ausüben können, ist in einer Demokratie kein probates Mittel, um mit dem Islam in Deutschland ebenso zu verfahren. Das wäre mit unserer Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar, sondern trägt eher Grundzüge eines Vergeltungsgedankens. Dieser Gedanke ist leider jedoch nicht nur im Islam, sondern in vielen Religionen, auch in der christlichen, zu der wir uns bekennen, verankert, vor allem im Alten Testament. Mit einem Rekurs auf die Gewaltbereitschaft des Islam sollte also vorsichtig sein, wer die Geschichte des Christentums kennt.

Auch die Gleichberechtigung der Frauen in unserer Gesellschaft ist primär ein Verdienst der Aufklärung und nicht der Religion.

Ich darf noch auf die Kreuzzüge verweisen und schließe mit dem Hinweis:

„... der werfe den ersten Stein.“

Wenn Sie diesen Kontext zukünftig reflektieren, so bitte ich Sie, die historische Faktenlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Schlegl

CSU-Stadtrat / Fraktionsvorsitzender

i.A.

Silvia Gross

CSU-Fraktionsgeschäftsführerin

D.-Martin-Luther-Str. 7

93047 Regensburg

Tel: 0941 / 507 – 1050

Fax: 0941 / 507 – 1052

gross.silvia@regensburg.de

csu-fraktion@regensburg.de

www.csu-fraktion-regensburg.de

Zur Erinnerung an Zeiten, als die CSU noch mehrheitsfähig war:

(Spürnase: Sven)

**Schluss mit lustig:
Montagsdemo jetzt mit Stasi**



Einen Tag nach Schrammas Teilkapitulation seinen sofortigen Rücktritt zu fordern, erfordert ungefähr soviel Zivilcourage, wie mit einem großen Schießgewehr vor einem toten Elefanten fürs Safarifoto zu posieren. Die Entleihung des Begriffs „Montagsdemo“ aus der Bürgerrechtsbewegung gegen den Unrechtsstaat „DDR“ schien daher reichlich unpassend für eine kleine Versammlung vor dem Kölner Rathaus. Zumal unter den plötzlich erweckten Bürgerrechtlern so mancher stand, der dem Stasistaat bis ins Grab die Treue gehalten hatte. Manche sogar darüber hinaus. „Schluss mit lustig“, nannte sich das ganze.

Jahrelang war Schramma als Marionette der rot-rot-grünen Ratsmehrheit Befehlsempfänger und ausführendes Organ, oft genug gegen die eigene Fraktion. Ob zum bloßen Machterhalt oder aus innerer Überzeugung, sei hier nicht das Thema. Wir haben seine Politik oft genug kritisiert.

Sein für viele überraschender Verzicht auf eine weitere Kandidatur kam aber vielen der Fädenzieher zu schnell. Nachdem Schramma die Kölner CDU am Gängelband der Linken in die Selbstzerfleischung bugsiiert hatte, hätte man ihn doch gerne noch als Buhmann gegen den neuen Messias Jürgen Roters (SPD) im Wahlkampf geschlachtet. Um die Affaire Schramma und die U-Bahnkatastrophe nachhaltig auszuschlachten, fordern Grüne und SED den sofortigen Rücktritt der politischen Leiche, und erfinden zu diesem Zweck einen Bürgerprotest. Eben die sogenannte „Montagsdemo“.

Aus gutem Grunde ist man sich allerdings nicht ganz sicher, ob

der Fangschuss auf den toten Elefanten nicht doch nach hinten losgehen könnte. Die Kölner Bürger reagieren recht empfindlich auf Versuche, die mit dem Verlust von Menschenleben verbundene Katastrophe für welche politischen Zwecke auch immer zu instrumentalisieren. So hielt man sich vornehm im Hintergrund und eine nicht näher definierte „Gruppe von Bürgern“ tauchte aus dem Nichts auf und rief zum Protest.

Auffallenderweise handelt es sich bei diesen Bürgern, soweit sie bekannte Namen tragen, durchweg um Günstlinge und Parteigänger blutroter und giftgrüner Kleinkultursubvention. Etwa Linkskabarettist Jürgen – von der Gnade des WDR – Becker. Unter den knapp 100 Teilnehmern der merkwürdigen Veranstaltung dann auch zahlreiche Gesichter, die als dritte Garde Kölner Kleinkulturschickeria schon bessere Tage gesehen hatten. Jetzt war es an der Zeit, sich für jahrzehntelange lukrative Protektion erkenntlich zu zeigen, denn neben dem moralinsauer beklagten Klüngel der Etablierten gibt es in Köln sehr wohl auch den Filz linken Gutmenschentums, genährt von WDR, Grünen und SED.



Gesichtet wurde etwa – wir sprachen weiter oben bereits vom Stasistaat – [Günter Wallraff](#), der mutige Erfinder der Ausbeutung des Türken durch den Deutschen, der seine großspurig angekündigte Lesung von Salman Rushdies Satanischen Versen in der Kölner Moschee dann doch lieber ins heimische Wohnzimmer verlegt hatte. Oder Migrationsfilmemacher Peter Schran, ein wackerer Kämpfer gegen rechts der ersten

Stunde, dem man immerhin zugute halten kann, dass er mit seinen Berichten aus der Parallelwelt muslimischer Migranten die Tatsachen mittlerweile recht realistisch darstellt.

Die Bedenken der politischen Drahtzieher des Bürgerschreckprotestes erwiesen sich als durchaus berechtigt. Schon die Ankündigung der Veranstaltung im [begeisterten Kölner](#)

[Stadtanzeiger](#) hatte eher zurückhaltende Leserkommentare erbracht. Tatsächlich blieben die Demonstranten offenkundig unter sich. Kölner „Normalbürger“ blieben der Veranstaltung ebenso fern wie die politischen Hintermänner.

Nur einer musste wieder patzen. Der kommunistische Ratsherr Claus Ludwig, in seiner Freizeit auch als [Gespenst auf dem Melatenfriedhof](#) tätig, erwies sich erneut eher als Mann der Tat als der Überlegung, denn die Pläne der Genossen bezüglich diplomatischer Taktik wohl zu hoch waren. Ungeniert platzierte der Linksaußenstürmer der Stasi-Fraktion sich im Zentrum der Ereignisse und entlarvte den Bürgerprotest der „Montagsdemonstranten“ als das, was er war: Ein letzter intriganter Versuch, Kapital aus dem Unglück namens Schramma zu schlagen.



Und weil auch die Linken aus dem Beispiel ihrer Gegner lernen, wollen sie jetzt alle, ähnlich wie Pro Köln in Ehrenfeld, jeden Montag wiederkommen. Bis zum Endsieg des Kommunismus.

Klüngelbrüder Bürgerprotest

gegen



Nachdem der „Widerstand“ gegen die [monatlichen Mahnwachen](#) der Bürgerbewegung Pro Köln vor der Ehrenfelder DITIB-Moschee immer schwächer wurde (Foto: Kommunistische Gegendemonstranten am [13. Dezember](#)), und die Kundgebungen die letzten Male fast störungsfrei verlaufen konnten, wollen die erbitterten Feinde des bürgerlichen Protestes jetzt wieder bewährte Koalitionen bilden. Einen Aufruf der DKP-nahen, linksextremen und vom Verfassungsschutz beobachteten VVN unterzeichnen neben Pfarrern auch Politiker der [skandalgeschüttelten CDU](#) und der FDP.

Der Text des Aufrufs:

*Liebe Ehrenfelder Bürgerinnen,
Liebe Ehrenfelder Bürger,*

am 14. Februar 2009 plant die rechtsextreme „Bürgerbewegung pro Köln“ erneut eine Demonstration an der Venloer Straße/Ecke Fuchsstraße. Die Organisation gibt vor, für die Menschenrechte zu sein. Aber in Wahrheit geht es ihr darum, die Ehrenfelder Bürgerinnen und Bürger verschiedener Herkunft gegeneinander aufzuhetzen. Mit rassistischen Parolen soll das friedliche Miteinander gestört werden. Das Schüren von Ängsten ist nicht die Vertretung eines Bürgerwillens, sondern dient ausschließlich der Wahlkampfpropaganda.

Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen. Wir sagen NEIN zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir sagen NEIN zur Diskriminierung von Mitbürgern. Wir stellen uns schützend vor diejenigen, die diffamiert werden.

Wir wollen, dass die Menschen in Ehrenfeld gemeinsam ihre Lebenswelten gestalten können – egal welcher Herkunft sie sind oder welchen Glauben sie haben. Wir treten ein für einen Dialog der Kulturen und der Religionen. Wir wollen nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame betonen – Für ein friedliches Miteinander in Ehrenfeld!

Daher rufen wir Sie auf: Zeigen Sie dem Rassismus die Rote Karte. Zeigen Sie Flagge für Ehrenfeld. Kommen Sie am Samstag, den 14. 02.2009 zur Kundgebung gegen die Rechtsextremen.

Treffpunkt:

*Vor dem Gelände der DITIB, Venloer Straße/Ecke Fuchsstraße
10:00 Uhr*

Was wir planen:

- Einen friedlichen Protest gegen Rassismus – Für kulturelle Vielfalt*
- Möglichkeit der kreativen Teilnahme: Beteiligen Sie sich am Kunstprojekt „Engel der Kulturen“*
- „Ehrenfeld ist bunt, nicht braun!“*

Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus

Erstunterzeichner:

Ateliergemeinschaft Merten und Dietrich

Ayse Aydin, DITIB

Brigitta von Bülow, Bündnis 90/Die Grünen

Semra Celik, DIDF Ehrenfeld

Jochem Falkenhorst, CDU

Siegfried Kuttner, Pfarrer, Vorsitzender des Presbyteriums

Marlis Pöttgen, FDP

Cornelia Schmerbach, SPD

Katholischer Pfarrer Heiner Schwirten, Ehrenfeld

Josef Wirges, Bezirksbürgermeister

Yesim Yesil Bal, Die LINKE

Und viele weitere Ehrenfelder Bürgerinnen und Bürger

V.i.S.d.P.: VVN/BdA, Venloer Str. 440, 50825 Köln

Bedauerlicherweise versäumen es die Unterzeichner, irgendwelche Beweise für ihre schwer wiegenden Vorwürfe gegenüber Pro Köln vorzulegen. Da trifft es sich gut, dass der Wahlkampf vor der Tür steht und man demnächst an den Wahlkampfständen von CDU und FDP qualifizierte Informationen und Erklärungen einholen kann. Auch zu der merkwürdigen Koalition der Kölner Klüngelparteien mit Altkommunisten und rotem Mob.